

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Ausschuss I 03.04.2023

- **1288. Frage von Herrn NELLES (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Umgehungsstraße N62 – Stand der Dinge nach Aussprache mit dem zuständigen Minister der Wallonischen Region**

In der Resolution unseres Parlaments zu einer geplanten Umgehungstrasse der Regionalstraße N62 sowie zu den Mobilitätsproblemen im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft¹ wird unsere Regierung unter anderem aufgefordert, sich unverzüglich bei der Regierung der Wallonischen Region für die Fortführung des Projekts und die Lösung der Problematik einzusetzen sowie dabei die Dringlichkeit hervorzuheben und den zuständigen Minister Henry zu einem Arbeitsgespräch vor Ort einzuladen.

Die Resolution wurde in der Plenarsitzung vom 25. April 2022 verabschiedet.

Unterdessen war Minister Henry am 22. März 2023 zu Gast in Ostbelgien. Bei der Gelegenheit hat er sich ein Bild von der Situation in der Gemeinde Burg-Reuland gemacht.

Ausgehend von einem Bericht des Belgischen Rundfunks, soll Minister Henry eingeräumt haben, dass eine Umgehungsstraße der einzige Weg sei, die Belastungen für die Bevölkerung in den Anrainerdörfern der N62 zu mindern.²

Nach dem Ortstermin in Burg-Reuland hat Minister Henry seinen ostbelgischen Amtskollegen, Minister Antoniadis, zu einem Gespräch getroffen.

Hierzu meine Frage:

1. Wie ist der Stand der Dinge in dieser Akte nach dem Gespräch zwischen den Regierungen?

¹ Vgl. dazu PDG; Dokumente 146 (2021-2022), Nr. 1-7

² <https://brf.be/regional/1703688/>

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

• **1289. Frage von Herrn HEINERS (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur weiteren Vorgehensweise der Regierung bezüglich der Umgehungsstraße N62**

Um über die Situation und die Probleme im Zusammenhang mit der Regionalstraße N62 auszutauschen, haben Sie, werter Herr Minister, am 23. März den zuständigen Regionalminister Philippe Henry empfangen.

Das hohe Verkehrsaufkommen und das Fehlen von Ausweichmöglichkeiten für diese Route sorgen schon seit längerem für Diskussion, und es kommt hier vermehrt zu schweren Unfällen. Das PDG verabschiedete in Anbetracht dieser ungünstigen Verhältnisse rund um die N62 im vergangenen Jahr eine Resolution an die Regionalregierung, und forderte unter anderem eine Mobilitätsstudie und die Planungen für eine Umgehungsstraße wiederaufzunehmen.

Wie aus den Presseberichten zum Besuch des Ministers Henry hervorgeht, kommt eine Umgehungsstraße für die aktuelle Regierung nicht in Frage. Henry verweist hier auf die kommende Regierung nach den Wahlen 2024. Aktuell liege die Priorität auf der Sanierung bestehender Verkehrswege, die Erschließung neuer Verkehrswege sei daher nicht vorgesehen.

Wie ebenfalls aus der Berichterstattung zu vernehmen war, wurde Minister Henry auch dazu aufgefordert die vom PDG geforderte Mobilitätsstudie in Auftrag zu geben.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie hat sich Minister Henry bezüglich der geforderten Mobilitätsstudie geäußert?
2. Wie gedenkt die Regierung der DG sich fortan für den Bau einer Umgehungsstraße einzusetzen?
3. Hat es diesbezüglich Kontakte zwischen der DG-Regierung und der Bürgerinitiative „N62 – Jetzt reicht’s“ gegeben?

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

- **1288. & 1289. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Herrn NELLES (CSP) zur Umgehungsstraße N62 – Stand der Dinge nach Aussprache mit dem zuständigen Minister der Wallonischen Region sowie auf die Frage von Herrn HEINERS (ProDG) zur weiteren Vorgehensweise der Regierung bezüglich der Umgehungsstraße N62**

In der Tat, die erwähnte Resolution wurde vor fast einem Jahr verabschiedet, und seit dieser Verabschiedung habe ich Minister Henry mehrmals zu uns eingeladen, damit er sich ein Bild vor Ort machen kann.

Aus verschiedenen Gründen war es dem Kollegen bis vor einigen Tagen nicht möglich, an einer Versammlung zu diesem Thema teilzunehmen.

Seine Zusage an einer Versammlung hat er mir erst am 2. Februar am Rande der gemeinsamen Regierungssitzung mit der Wallonischen Region erteilt.

Bei dieser Gelegenheit hatte ich angekündigt, dass ich Vertreter der Bürgerinitiative „N62 – Jetzt reicht’s“ hinzuziehen würde.

Mit der Bürgerinitiative stehe ich in regem Kontakt.

Auch erreichten mich verschiedene Zuschriften von Bürgern, darunter auch ein Schreiben der Dorfgruppe Maldingen.

Eine Vorort-Begehung wurde vom Kabinett Henry in der Vergangenheit ausgeschlossen.

Umso erfreulicher war es, dass er doch noch in letzter Minute einer Besichtigung der N62 zustimmte.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Trotz dieser Begehung vor Ort mit der Bürgermeisterin der Gemeinde Burg-Reuland und des Gesprächs in Eupen mit mir wird Henry den Infrastrukturplan für die Straßenarbeiten in der Wallonie nicht anpassen.

Stattdessen hat er im Gespräch auf die nächste Regierung nach den Wahlen 2024 hingewiesen.

Deshalb kann ich keineswegs bestätigen, dass er für den Bau einer Umgehungsstraße ist.

Das hat er so mir gegenüber nicht geäußert.

Darüber hinaus hat er über die bereits in der Presse geäußerten kurzfristigen Maßnahmen informiert, die den Verkehr beruhigen sollen und die N62 sicherer machen sollen.

Ich habe den Kollegen darüber in Kenntnis gesetzt, dass diese Maßnahmen sicherlich in eine richtige Richtung gehen, aber keine Entlastung bringen werden.

Die Entlastung wird nachhaltig nur durch eine Umgehungsstraße kommen.

Das habe ich dem zuständigen Minister bereits in der Vergangenheit und auch bei dieser Unterredung sehr deutlich mitgeteilt.

So wie es auch die Resolution des Parlamentes verlangt.

Es herrscht einfach zu viel Verkehr!

Das ist das Problem.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Wenn knapp ein Viertel der Verkehrsteilnehmer aus LKW bestehen, dann spielt z.B. die Geschwindigkeitsbegrenzung eine untergeordnete Rolle.

Bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen werden somit Unfälle nicht unbedingt vermieden.

Stattdessen wird die eigentliche Problematik auf die Nebenstraßen und die kommunalen Verkehrswege einfach verlagert, indem Verkehrsteilnehmer den Radarfallen und Geschwindigkeitsbegrenzungen ausweichen.

Deshalb habe ich eine finanzielle Unterstützung sowie die Einbeziehung der Gemeinde Burg-Reuland sowie der Polizei bei der Umsetzung dieser Maßnahmen im Vorfeld gefordert.

Minister Henry hat mitgeteilt, dass er dies berücksichtigen wird.

Der Kollege sprach sich darüber hinaus erneut für Fahrgemeinschaften aus.

Ich habe erwidert, dass dies bereits praktiziert wird und sicherlich noch gefördert werden könnte, aber die geografische Lage des Südens sowie seine Bevölkerungsdichte den Fahrgemeinschaften auch Grenzen setzen.

Zur Durchführung einer Mobilitätsstudie, wie sie in der Resolution des Parlaments gefordert wird, hat sich Minister Henry eher befürwortend ausgesprochen.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Die genaue Form, den Inhalt und Ausmaß dieser Studie möchte der Minister mit seinem Amts- und Parteikollegen François Bausch, dem luxemburgischen Mobilitätsminister, abstimmen.

Nach Auffassung von Henry sollte es eine globale Studie sein, die die gesamte Mobilität zwischen Belgien und Luxemburg analysiert.

Angesichts unserer engen Verbindungen zum Großherzogtum, habe ich angekündigt, dass auch unsere Regierung Kontakt zum luxemburgischen Straßenbauminister aufnehmen wird.

Ich möchte aber klar und deutlich sagen, dass diese Mobilitätsstudie die Notwendigkeit einer Entlastungsstraße nicht konterkariert.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass eine derartige Analyse zu einem anderen Ergebnis führen wird.

Es ist daher bedauerlich, dass ein Projekt, das seit den 50er Jahren gefordert wird, auch heute noch immer nicht in greifbarer Nähe gerückt ist.

Die Regierung der DG wird deshalb weiterhin den Bau einer Umgehungsstraße zur N62 fordern und wird, so bald eine neue Regierung in Namur gewählt wurde, die Gespräche wiederaufnehmen.

Das sind wir der Bevölkerung schuldig!